

Außenhandel

WVM setzt auf freie und faire Märkte

Die europäischen Institutionen müssen darüber entscheiden, ob und unter welchen Bedingungen sie China den Marktwirtschaftsstatus verleihen. Bisher konnte das Land unterschiedliche Kriterien nicht erfüllen. Derzeit prüft die Europäische Kommission das weitere Vorgehen. *Seite 2*

Umwelt

Industrie startet EU-weite Initiative zu Arbeitsplatzgrenzwerten

Eine neue branchenübergreifende Initiative für EU-weite Arbeitsplatzgrenzwerte im Chemikalienmanagement hat ihre Arbeit aufgenommen. Beteiligt sind mehr als 45 Verbände – darunter die WVM und Eurometaux. Ziele sind mehr Effizienz und Verhältnismäßigkeit. Der Fokus soll stärker auf Arbeitsschutzvorschriften liegen. *Seite 2*

Umwelt

Neues Paket zur Kreislaufwirtschaft

Der Umweltausschuss des EU-Parlaments hat der EU-Kommission hohe Anforderungen an das neue europäische Kreislaufwirtschaftspaket aufgegeben. *Seite 3*

Fitness-Check für Natura 2000 Richtlinien

Derzeit findet ein Fitness-Check der Natura 2000 Richtlinien statt, um Meinungen zu EU-Naturschutzvorschriften und ihrer Durchführung zusammenzutragen. *Seite 3*

Klima

Reformvorschlag für Emissionshandel startet noch vor Sommerpause

Die EU-Kommission plant, am 15. Juli 2015 ihren Vorschlag für die Reform des Europäischen Emissionshandels zu veröffentlichen. *Seite 4*



Unser Film zum COP 21

Am 30. November 2015 startet der UN-Klimagipfel in Paris. Metalle pro Klima bringt sich aktiv in die Debatte über den Weg für mehr Klimaschutz ein. Unseren Standpunkt machen wir in einem neuen Animationsfilm deutlich. [\(Hier ansehen\)](#)



Unser Blog zum COP 21

Was ist nötig? Was ist machbar? Unsere Gastautoren äußern sich zu Wegen und möglichen Zielen des Klimagipfels. Im Blog finden Sie unter anderem [einen Beitrag](#) von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks und [ein O-Ton-Interview](#) mit Ökonom Joachim Weimann.

Außenhandel

Marktwirtschaftsstatus China: WVM setzt auf freie und faire Märkte

Die europäischen Institutionen müssen bis Ende 2016 darüber entscheiden, ob und unter welchen Bedingungen sie China den Marktwirtschaftsstatus (MWS) verleihen.

Seit Ende 2001 ist China zwar offizielles Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO) und hat damit einige handelspolitische Vorteile. Der Marktwirtschaftsstatus wurde China damals allerdings noch nicht anerkannt, da das Land unterschiedliche Kriterien nicht erfüllen konnte.

Ob die Entscheidung jetzt getroffen werden kann und muss, hängt von einer ungeklärten Rechtsfrage ab. Streitig ist, ob Chinas WTO-Beitrittsprotokolle einen Automatismus vorsehen, der dem Land im Dezember 2016 das Recht auf den MWS verleiht. Die Auslegung des Artikels 15 WTO-Protokoll ist unklar. Derzeit prüfte die Europäische Kommission das weitere Vorgehen.

Die Anerkennung des MWS würde die Abwehrmöglichkeiten der EU gegen unfaire Importe aus China allerdings massiv schwächen. Unter anderem ginge die Grundlage für viele Antidumping-Verfahren zum Teil verloren: Das Heranziehen von Preisen aus Vergleichsländern wäre mit großen Anstrengungen verbunden und Dumpingnachweise nur schwer einzuholen.

Ansprechpartner in der WVM: Sebastian Schiweck, Tel.: +49 30 726207-107, E-Mail: schiweck@wvmetalle.de



Umwelt

Fitness-Check für Natura 2000 Richtlinien

Derzeit findet ein Fitness-Check der Natura 2000 Richtlinien statt. Ziel der Konsultation ist es, Meinungen zu geltenden EU-Naturschutzvorschriften (Vogelschutzrichtlinie und Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie) und ihrer bisherigen Durchführung zusammenzutragen. Die Konsultation ist Teil des Eignungstests für die Naturschutzvorschriften der EU, den die EU-Kommission im Rahmen des Programms zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung (REFIT) vornimmt. Die Konsultation endet am 24. Juli 2015, ihre Ergebnisse sollen im Oktober 2015 in Brüssel bekannt gegeben werden.

Anfang Juni 2015 hat Frans Timmermans, Vizepräsident der EU-Kommission, bereits durchblicken lassen, dass es zu Änderungen an diesen Richtlinien kommen soll. Dabei sollen die bisherigen Schutzstandards jedoch nicht abgesenkt werden. Timmermans hat sich sogar eher für höhere Standards ausgesprochen. Auch die Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission sieht bei den EU-Naturschutzvorschriften nicht nur ein Umsetzungsdefizit, sondern auch strukturelle Ursachen. Nimmt man diese Aussagen zusammen, kann man davon ausgehen, dass die EU-Naturschutzvorschriften in den nächsten Jahren auf den gesetzgeberischen Prüfstand kommen und gegebenenfalls angepasst werden.

Ansprechpartner in der WVM: Daniel Quantz, Tel. +49 30 726207-181, E-Mail: quantz@wvmetalle.de

Umwelt

Neues Paket zur Kreislaufwirtschaft bis Ende des Jahres erwartet



[Lesen Sie hier mehr zum Thema Recycling in der WVM.](#) (Bild: Aurubis)

Der Unterausschuss des EU-Parlaments hat der EU-Kommission hohe Anforderungen an das neue europäische Kreislaufwirtschaftspaket aufgegeben. Dies erfolgte im Rahmen einer Abstimmung über einen Initiativbericht zur Circular Economy. Bis Ende 2015 soll das Kreislaufwirtschaftspaket erneut vorgelegt werden. Das vorherige Paket wurde aufgrund des Widerstands vieler Mitgliedstaaten gegen die ehrgeizigen Recyclingquoten für Siedlungsabfälle zurückgezogen.

Die Parlamentarier fordern unter anderem, dass Rohstoffextraktion und Rohstoffverwendung absolut verringert und toxische Substanzen beim Recycling ausgeschlossen werden. Außerdem soll die Ressourceneffizienz bis 2030 rechtlich verbindlich um 30 Prozent auf Basis des Jahres 2014 erhöht werden.

Derzeit ist noch offen, inwieweit die EU-Kommission die Forderungen in das neue Paket aufnimmt. Eurometaux und die WVM sind im engen Dialog mit der EU-Kommission und zahlreichen EU-Parlamentariern, um die Rahmenbedingungen für das Metallrecycling zu verbessern.

Ansprechpartner in der WVM: Rainer Buchholz, Tel.: +49 30 726207-120, E-Mail: buchholz@wvmetalle.de

Industrie startet EU-weite Initiative zu Arbeitsplatzgrenzwerten

Eine neue branchenübergreifende Initiative für EU-weite Arbeitsplatzgrenzwerte im Chemikalienmanagement hat ihre Arbeit aufgenommen. Beteiligt sind mehr als 45 Verbände – darunter sind auch die WVM und Eurometaux. Die neue Initiative zielt auf mehr Effizienz und Verhältnismäßigkeit. Der Fokus soll stärker auf Arbeitsschutzvorschriften statt auf die REACH-Zulassung gelegt werden. Es geht darum, Risiken durch Stoffe zu minimieren, die überwiegend im Bereich der industriellen Produktion vorzufinden sind.

Grundsätzlich gilt aus Sicht der Industrie, dass Arbeitsschutzvorschriften für alle Aspekte am Arbeitsplatz die am besten geeigneten Regularien sind. Zudem sind Arbeitsschutzvorschriften in der Praxis wesentlich besser bekannt als die Bedingungen einer Zulassung unter REACH. Innerhalb der Kommission herrschen unterschiedliche Ansichten hierzu: Während die GD Wachstum dem Vorschlag wohlwollend gegenübersteht, gibt die DG Umwelt zu bedenken, dass mit der REACH-Zulassung das gleiche Ziel erreicht werden könne. Das Generalsekretariat der Kommission sieht die Initiative als konkretes Beispiel, die EU-Gesetzgebung zu rationalisieren - eine Priorität der neuen Kommission. Gleichzeitig dürfen aber die Aktivitäten zum Schutz der Arbeitnehmer und die Ziele hinsichtlich krebserzeugender, erbgutverändernder oder fortpflanzungsgefährdender (CMR) Stoffe dadurch nicht beeinträchtigt werden.

Einer der Vorschläge bezieht sich auf die langwierige Ableitung von Arbeitsplatzgrenzwerten und die uneinheitliche Umsetzung der Arbeitsvorschriften in der EU. Die aktuell laufende Überprüfung der europäischen Arbeitsschutzvorschriften bietet eine gute Gelegenheit, Bereiche für Verbesserungen zu identifizieren. In diesem Zusammenhang beteiligt sich die WVM aktiv und direkt an den Diskussionen durch die Mitgliedschaft in der Chemikaliengruppe des beratenden Ausschusses zur Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz und wird konkrete Vorschläge liefern.

Ansprechpartner in der WVM: Dr. Martin Wieske, Tel.: +49 30 726207-106, E-Mail: wieske@wvmetalle.de

Klima

Reformvorschlag für Emissionshandel noch vor Sommerpause

Die EU-Kommission plant, am 15. Juli 2015 ihren Vorschlag für die Reform des Europäischen Emissionshandels zu veröffentlichen. Dabei geht es um die Ausgestaltung des Emissionshandels innerhalb der kommenden, vierten Handelsperiode ab 2020. Durch das vorab bekanntgewordene Impact Assessment (IA) lässt sich bereits jetzt ein Eindruck gewinnen, wie der Vorschlag der Kommission aussehen könnte. Die WVM hat sich eingehend mit den darin vorgestellten Optionen zum Thema Carbon Leakage und der vorgesehenen Differenzierung in verschiedene Carbon Leakage Gruppen beschäftigt.

Grundsätzlich überlegt die Kommission, den derzeitigen binären Ansatz zur Qualifizierung für die Carbon Leakage Liste fortzuführen. Dabei wird erwogen, das Kriterium der Kostenintensität durch die Emissionsintensität (berechnet aus kg CO₂/ EUR Bruttowertschöpfung) zu ersetzen. Die Handelsintensität bliebe als zweites Kriterium in diesem Modell erhalten. Aus Sicht der WVM ist der Austausch von Kosten- und Emissionsintensität unkritisch, solange der Zertifikatpreis weiterhin mit 30 Euro beziffert wird.



Überlegungen der EU-Kommission zur Reform des Emissionshandels sind bekannt geworden. (Bild: European Union 2014)

Deutlich kritischer sieht die WVM eine weitere Option zur Differenzierung, die in dem IA unter Option 4 vorgestellt wird: Durch die Multiplikation von Emissionsintensität und Handelsintensität sollen hier vier Carbon Leakage Gruppen gebildet werden. Dieser Ansatz zeigt eine deutliche methodische Schwäche, da das Verhältnis zwischen Handelsintensität und Carbon Leakage-Gefahr im Vergleich zu der Emissionsintensität überproportional ansteigt.

Diese methodischen Schwächen von Option 4 könnten mit Hilfe von zwei Optionen korrigiert werden: (1) Da die NE-Metallindustrie als Price Taker nationale Zusatzkosten nur zu einem sehr geringen Anteil auf ihre börsennotierten Metalle wälzen kann, sprechen wir uns dafür aus, ein zusätzliches, qualitatives Kriterium zur Bewertung des Carbon Leakage Risikos einzuführen. Unser Vorschlag ist es, für Price Taker die Handelsintensität mit 100 Prozent gleichzusetzen. (2) Alternativ zu dem Kriterium der Handelsintensität könnte das Kriterium der Preiselastizität der Nachfrage als Indikator eingeführt werden.

In allen Fällen fordert die WVM, dass Anlagen, die sich für die Carbon Leakage Liste qualifizieren und den Benchmark erreichen, eine 100 Prozent freie Zuteilung erhalten sollen. Ein Kompensationsmodell, das die maximale freie Zuteilung für Best Performer deutlich niedriger ansetzt, wird dem Carbon Leakage Schutz nicht gerecht. In einer in ersten Konkretisierung des Kommissionsvorschlags wird diesem Prinzip, einer theoretisch möglichen 100 Prozent freien Zuteilung für alle Best Performer, Rechnung getragen. Problematisch ist aus Sicht der WVM, dass laut dem Papier die Werte aller Benchmarks für die freie Zuteilung grundsätzlich um ein Prozent pro Jahr gekürzt werden sollen. Ein solch universeller Kürzungsansatz widerspricht dem ursprünglichen Prinzip der Benchmarks, das auf einer individuellen Betrachtung der Potentiale unterschiedlicher Branchen und Prozesse basiert.

Im Bezug auf die Kompensation für indirekte Emissionen setzt sich die WVM für eine Fortführung des State Aid-Ansatzes ein. Darüber hinaus fordert die WVM, die degressive Ausgestaltung der Kompensation abzuschaffen. Auch hier sollte für Best Performer eine 100-Prozent-Kompensation ermöglicht werden.

*Ansprechpartnerin in der WVM: Sarah Bäumchen, Tel. +49 30 726207-122, E-Mail: baeumchen@wvmetalle.de
Ansprechpartner in der WVM: Dr. Michael Niese, Tel.: +49 30 726207-182, E-Mail: niese@wvmetalle.de*